BE
BERN AKTUELL

Jahrgang 31 Ausgabe 227
Januar/Februar 2020

Die Schweizerische Vereinigung Bern Aktiv schreibt, was andere über Bern und die Schweiz nicht berichten (dürfen).

AZB / P.P. 3018 Bern

Seit 31 Jahren für SIE im Einsatz! *NEWS aus Bundesbern und der ganzen Schweiz*

Gegen Wohnungs-Sozialismus und Quotenwahnsinn

Breites überparteiliches Komitee gegen Mieterverbandsinitiative gegründet

Am 9. Februar 2020 stimmt die Schweiz über die Mieterverbandsinitiative ab. Es drohen ein bürokratischer Quotenwahnsinn und massive Eingriffe ins Eigentumsrecht. Im Einklang mit Bundesrat und Parlament lehnt eine breite bürgerliche Allianz die unverhältnismässigen staatlichen Eingriffe in den Schweizer Wohnungsmarkt ab.

Von Erich Hess, Nationalrat, Bern

Den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, den Mieterinnen und Mietern am privaten Wohnungsmarkt und den Wohneigentümerinnen und Wohneigentümern droht Ungemach: Am 9. Februar 2020 stimmen wir über eine Volksinitiative ab, die den Schweizer Wohnungsmarkt durch Planwirtschaft ersetzen will.

«Es kann nicht sein, dass die grosse Mehrheit über ihre Wohnungsmiete auf dem privaten Markt und über Steuern die Zeche bezahlen soll, damit ein paar Wenige vom Privileg einer gemeinnützigen Wohnung profitieren», kommentiert Nationalrat Olivier Feller die Situation. «Ich bin zuversichtlich, dass das Schweizervolk erkennen wird, dass diese Initiative nicht hält, was sie verspricht.»

Gravierende Nachteile für die grosse Mehrheit

Die Mieterverbandsinitiative fordert drei Änderungen der Bundesverfassung:

- Gesamtschweizerische 10-Prozent-Quote an neu gebauten Wohnungen für gemeinnützigen Wohnungsbau
- Vorkaufsrechte für Kantone und Gemeinden bezüglich Grundstücke, die sich für gemeinnützigen Wohnungsbau eignen
- Verbot von Mietzinserhöhungen nach subventionierten energetischen Sanierungen.

Diese massiven staatlichen Eingriffe in den funktionierenden Markt widersprechen unserer Wirtschaftsordnung fundamental und wären Gift für den Wohnungsmarkt. Die starre Quote würde letztlich zu gemeinnützigen Wohnungen am falschen Ort führen.
Um die Einhaltung der Regelungen zu überwachen, müsste ein neuer bürokratischer Kontrollapparat aufgebaut werden. Baubewilligungen

würden noch komplizierter, Wohnungen deshalb langsamer und in geringerer Zahl gebaut. Ebenso würden langwierige Diskussionen, wie eine solche 10-Prozent-Quote in der Praxis angewendet werden soll, Investitionen blockieren.

Der gemeinnützige Wohnungsbau würde mit der 10-Prozent-Quote urplötzlich verdreifacht. Der

Gemeinnütziger Wohnungsbau erhält nach Ablehnung der Initiative eine Viertelmilliarde

Der Bund fördert den gemeinnützigen Wohnungsbau schon heute und baut diese Förderung in jedem Fall weiter aus: Im Rahmen des vom Parlament bereits beschlossenen indirekten Gegenvorschlags wird der gemeinnützige Wohnungsbau nach einer Ablehnung der Initiative in den nächsten zehn Jahren mit einer Viertelmilliarde Franken unterstützt. Aus Sicht des Komitees «Nein zur Mieterverbandsinitiative» ist darüber hinaus keine weitere Unterstützung auf Bundesebene nötig. Weitere Massnahmen müssen den Kantonen und Gemeinden überlassen werden: Nur sie kennen die Situation vor Ort.

In weiten Teilen der Schweiz hat sich die Situation am Wohnungsmarkt stark entspannt. Noch nie standen in den letzten 20 Jahren in der Schweiz so viele Wohnungen leer wie heute –75'323 leerstehende Wohnungen entsprechen der ganzen Stadt Bern. Und selbst in der Stadt Zürich mit ihrer angespannten Situation würde eine schweizweite 10-Prozent-Quote nichts verändern, weil dort der Anteil der gemeinnützigen Wohnungen schon heute bei 27 Prozent liegt.

INHALT

1 Gegen Wohnungs-Sozialismus und Quotenwahnsinn
2 Es grünt nicht mehr so grün, wenn Regula's Augen glühn! Leserbrief
3 Die Herrschaft der Berner Reitschule Wasser predigen und Wein trinken
4 Die Schweizerische Elektrizitätspolitik muss neu gedacht werden
5 Pikom News
6 Der Tierbesitzer fragt – die Tierärztin antwortet Bärni
7 Abbaumassnahmen gefährden die Grundversorgung
8 Offener Brief an den Gemeinderat der Stadt Bern: Vandalismus im Stadtteil V

Bundesrat schätzt die Mehrkosten dafür auf 120 Millionen Franken pro Jahr, ohne die Zusatzkosten für den bürokratischen Kontrollapparat. Und wenn sich – wie der Bundesrat zurecht befürchtet – nicht genügend gemeinnützige Bauträger finden, sind Bund, Kantone und Gemeinden gezwungen, selbst Wohnungen zu bauen.

Der sozialpolitische Nutzen wäre dabei fraglich: Ein wesentlicher Anteil der gemeinnützigen Wohnungen kommt nämlich am Schluss nicht denjenigen Bevölkerungsgruppen zugute, die eine vergünstigte Wohnung am nötigsten hätten. Eine gemeinnützige Wohnung zu erhalten würde auch mit einer 10-Prozent-Quote ein Privileg für eine Minderheit bleiben – bei gleichzeitigem Schaden für die grosse Mehrheit. Für einen derart fragwürdigen Nutzen wären die Errichtung eines bürokratischen Quotenwahnsinns und die massiven Eingriffe ins Eigentumsrecht über Vorkaufsrechte und Mietzinsdiktate absolut unverhältnismässig.

www.mieterverbands-initiative-nein.ch

Am 9. Februar 2020: NEIN zur Initiative des Mieterverbands!

Es grünt nicht mehr so grün, wenn Regula's Augen glühn!

Von Paul Hunziker, 3662 Seftigen

Die Grünen haben am 20. Oktober 2019 einen Sieg errungen und dadurch das Parlament begrünt. Dies ist und bleibt unbestritten. Aber wie jeder Rausch birgt auch der Siegesrausch Gefahren in sich. Es kann zu Realitätsverlust, Selbstüberschätzung und Grössenwahn führen. Frau Rytz und Herr Glättli kamen auch ins Torkeln. Wenn der Tausendfüssler Balthasar aus dem Tritt kommt, macht es eben nicht mehr tausendmal «tick» sondern sehr oft auch «tack». Regula Rytz glaubte von sich, wenn sie sich zu äusserst links ansiedle, sei sie nicht nur am grünsten sondern eine Vinca, ein Immergrün. Ist sie aber genauso wenig, wie auch längst nicht alle Vinca-Arten es sind. Es gibt in der Botanik auch verschiedene Arten der Gattung Immergrün, z.B. vinca difformis, vinca minor, vinca erecta, vinca herbacea und andere mehr. Die meisten verlieren im Herbst ihre Laubblätter. Vinca ist übrigens eine Pflanzengattung aus der Familie der Apocynaceae, der Hundsgiftgewächse. Soweit ein botanischer Exkurs und eine Gegenüberstellung zur Aussage der Grünen: «Wir sind grün und bleiben immer grün!» Sie erfahren nun, dass es auch für sie Herbst geworden ist.

Rytz und Glättli wollten im Siegesrausch das ganze Bundeshaus übergrünen. Nach der Niederlage in der Ständeratswahl hat man es nun in der Bundesratswahl unbeirrt und unbelehrbar auch zu erzwingen versucht. An Begründungen und Forderungen hat es ihnen nicht gemangelt. Jedes Argument war ihnen recht. Ich nehme die zwei Meistgenannten.

Arithmetischer Anspruch. Genau sie, die Grünen, erheben nun diesen Anspruch. Sie wollen sich nicht daran erinnern, dass sie der SVP den klaren, arithmetischen Anspruch auf einen zweiten Sitz wiederholt verweigert und sogar moniert hatten, für sie sei keine SVP-Kandidatin oder Kandidat wählbar!

Volkswille. Haben die Grünen vergessen, dass das Volk die Volkswahl abgelehnt und die Wahl weiterhin dem Parlament übertragen hat? Es ist also der Wille des Volkes, dass die Vereinigte Bundesversammlung die Bundesräte wählt und basta! Macht aber Christoph Blocher wieder den Vorschlag, das Volk wählen zu lassen, was den Volkswillen nicht besser zum Ausdruck bringen kann, schreien genau diese Willensvollstrecker am lautesten. Man sucht lieber nach faulen Kompromissen und will es wie im Sport handhaben. Wenn es dort namhaften Vereinen nicht gelingt, in die höchste Liga aufzusteigen, stockt man einfach diese Liga auf. Die Qualität und die Leistungen wurden dadurch nie besser, aber der Aufwand und die Kosten sind gestiegen. So wäre es auch mit 9 Bundesratssitzen.

Es ist doch so, dass wir Frauen und Männer ins Parlament wählen, damit diese Leistungen erbringen und die Erwartungen erfüllen. Die Grünen haben grossmehrheitlich noch nicht einmal Platz genommen, stellen aber dort schon Ansprüche. Wenn ein Frischangestellter am ersten Tag exorbitante Forderungen stellt, wird er wohl weder im Kollegium noch bei den Chefs gut ankommen. Darum, liebe Grüne, kommt an, liefert, hört auf zu schreien und lasst Euch in vier Jahren die Gratifikation auszahlen oder nehmt dann unbezahlten Urlaub. Andernfalls könnte es einen weiteren Tag für Grünabfuhr im Bundeshaus geben.

Leserbrief

Peinliche Leistung vom Berner Obergericht

Am 6. Dezember 2019 – am Klausentag – wurden unsere beiden Co-Parteipräsidenten Adrian Spahr und Nils Fiechter vom Berner Obergericht wegen angeblicher Rassendiskriminierung schuldig gesprochen.

Als Prozessbeobachter ist es aus meiner persönlichen Sichtweise ein skandalöses Urteil von mehrheitlich sogenannt «bürgerlichen» Richtern, welches die Meinungsäusserungsfreiheit massiv einschränkt! Das Plakat mit den Fahrenden zeigt lediglich auf, was heute Tatsache ist! Die Generalstaatsanwalt hätte weiss Gott gescheiteres zu tun. Bald dürfen wir als Bürger gar nichts mehr sagen, weil sonst ein Gerichtsprozess droht. Wahrlich keine gute Entwicklung in diesem Land.

Marc Wyss, Mitglied Junge SVP, Bern

Millionen-Transitplatz NEIN

Junge SVP Kanton Bern
www.jsvpbern.ch
SVP UDC

Die Herrschaft der Berner Reitschule

Aktive SVP Politiker haben in der Reithalle ein generelles Hausverbot. Weder die Leiterin von Kultur noch der Gemeinderat oder der Stadtrat von Bern wollen dies ändern. Auch schreiten die Behörden gegen die unhaltbaren Zustände nicht ein. Die Stadt Bern will mit der Reithalle gleichwohl einen neuen noch zahnloseren Leistungsvertrag abschliessen. Damit werden die Betreiber der Reithalle sogar noch mehr belohnt.

Von Alexander Feuz, Rechtsanwalt, Stadtrat, Fraktionschef SVP Stadt Bern

Die Betreiber und die Stadt haben es geschafft, den neuen Leistungsvertrag noch zahnloser als bisher zu gestalten. Das Sicherheitskonzept ist nur noch integrierender Bestandteil des Betriebskonzepts. Die juristischen Berater der Reithalle haben ganze Arbeit geleistet. Der interne Sicherheitsdienst stellt mehr ein Hindernis für die Polizei als eine Hilfe dar. Der Zugang zur Reithalle für die Polizei soll wiederum erschwert sein. Der Sonderfall Reithalle wird nach dem Willen des Gemeinderates mit roten Linien für die Polizei weiterhin möglich sein. Die rechtsungleiche Behandlung mit andern Gastwirtschaftbetrieben der Stadt sowie die Diskriminierung politisch anders denkender Personen in der Reithalle wird trotz Leitbildern der Stadt und der Reithalle akzeptiert. Die entsprechende Motion der SVP, die dies sanktionieren wollte, wurde abgelehnt. Der Herr Stadtpräsident bot dem Verfasser nach kritischer Frage des Verfassers anlässlich eines öffentlichen Anlasses generös an, ihn und SVPler bei Bedarf für einen Besuch in die Reithalle zu begleiten. Es sei diesbezüglich lediglich angemerkt, dass es dem Gemeinderat nicht einmal gelang, wenigstens dem Polizeidirektor wieder den Zugang zu erlauben….

Der Gemeinderat und der Stadtrat sowie der Regierungsstatthalter haben leider schon lange vor dem Druck der Szene kapituliert. Die einzige Hoffnung bleibt, dass die verantwortlichen Behörden sich wegen Begünstigung von Straftaten und unrechtmässigem Erteilen von Vorteilen einmal vor Gericht verantworten müssen. Anzeigen sind eingereicht! Der Umstand, dass das neue Polizeigesetz ab 1.1.2020 vorsieht, dass die Sicherheitsdienste sich kennzeichnen müssen und die Reithalle sich offenbar weigert, müsste m.E. dazu führen, dass der Kanton jetzt endlich eingreift. Der berüchtigte Gangster Al Calpone aus Chicago konnte 1931 auch nur wegen relativ geringfügigen Steuerdelikten verurteilt werden. Es wäre zu hoffen, dass nun die für alle geltenden Gesetze auch bei der Reithalle angewendet werden. Beim Denkmalschutz passiert allerdings nichts, obwohl die Betreiber und der Gemeinderat sich um alle Auflagen futieren.

Die SVP Fraktion lehnt den neuen Leistungsvertrag als neues Machwerk wiederum klar ab. Wir stellen uns auf den Standpunkt, dass angesichts des konstanten Bruchs der Gesetze kein neuer Vertrag abgeschlossen werden darf. Wir werden Nichteintreten beantragen. Es darf auch nicht sein, dass die Polizei in der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben massiv behindert wird und die dort eingesetzten Beamten um ihr Leben und ihre Gesundheit fürchten müssen. Der rechtsfreie Raum und dessen Ausweitung müssen bekämpft werden. Obwohl sämtliche Parkplätze - trotz des Widerstands der SVP - bei der Schützenmatte aufgehoben wurden und sogar mehrere Mediatoren-Teams eingesetzt wurden, hat sich die Situation im Vorraum sogar noch verschlimmert.

Am 23.1.2020 ab 17.00 Uhr soll der Leistungsvertrag im Stadtrat behandelt werden. Die SVP Fraktion hat diverse Anträge gestellt. Insbesondere sollten unseres Erachtens zuerst die entsprechenden Vorstösse, in denen die unhaltbaren Zustände zur Diskussion gestellt werden sowie die konkreten Vorstösse, traktandiert werden, bevor der neue Leistungsvertrag behandelt wird. Die Ratsmehrheit wird es wohl vorziehen, den Leistungsvertrag zuerst zu behandeln und durchzuwinken. Ich verweise auf die Homepage der SVP Stadt Bern, die sich über unsere Anträge informieren wird. Die Medien werden leider wohl nur zurückhaltend berichten!

Wasser predigen und Wein trinken

Von Alexander Feuz, Rechtsanwalt, Stadtrat, Fraktionschef SVP Stadt Bern

Aus Klimaschutzgründen sollen laut einem befremdlichen Entscheid des Bezirksgerichts Renens Hausbesetzungen wegen Notstand in einer Bank berechtigt sein. Jeder Jura-Student, der früher in einem Examensfall ein solches Verhalten gestützt auf Notstand gerechtfertigt hätte und die Angeschuldigten «als Richter» freigesprochen hätte, wäre mit Sicherheit in Bausch und Bogen durch die erste Strafrechtsprüfung gefallen. Eine nicht unmittelbar drohende nicht anders abwendbare Notstandssituation lag in diesem Fall sicher nicht vor. Zudem kann mit dem unerlaubten Verweilen in der Bankhalle das Klima gar nicht beeinflusst werden. Dies im Gegensatz zu einem Polizisten oder einem Passanten, der eine Autoscheibe einschlägt, um einen Hund zu retten, der im Hochsommer in einem heissen Auto «vergessen» und ohne geöffnete Scheiben zurückgelassen wurde. Hier besteht eine Notstandssituation: eine geringfügige Sachbeschädigung (Eingriff in fremdes Eigentum) darf in Kauf genommen werden, um das höherwertige Rechtsgut (Leben und Gesundheit des Tiers) zu schützen.

Sofern das unverständliche Urteil des Gerichts von Renens von der Rechtsmittelinstanz geschützt würde, besteht die Gefahr, dass in Zukunft auch angeblich Klima politisch begründete Nötigungen (z.B. Blockieren von Strassen) gerechtfertigt werden.

Der Gemeinderat und der Stadtrat von Bern akzeptieren die von den Betreibern der Reithalle aus politischen Gründen ausgesprochenen Hausverbote für den Polizeidirektor und die aktiven SVP Politiker. Bei unerlaubtem Besuch des Verfassers in der Reithalle würde das zuständige Gericht mit der ganzen Härte zuschlagen, weil das Hausrecht der Reithalle missachtet worden wäre. Der Umstand, dass der Verfasser mit seiner Anwesenheit gegen die unhaltbaren Zustände und das Zustandekommen des Leistungsvertrages protestiert, würde vom Gericht sicher nicht als berechtigtes Handeln im Notstand angesehen.

Die Stadt Bern rief unlängst den Klimanotstand aus. Die Stadt richtet all ihr Handeln darauf aus, um die Klimaziele zu erreichen. Parkplätze und Fahrspuren werden bereits konsequent abgebaut. Der Herr Stadtpräsident findet es aber problemlos, für 3 Tage nach Südafrika an einen Kongress zu fliegen und auf der Rückreise in Äthiopien an einem «karitativen» Velofahr-Anlass teil zu nehmen. Auch eine Flugreise nach Kiew, um die städtische Drogenpolitik zu propagieren, belastet das grüne Gewissen anscheinend gar nicht. Meinem Fraktionskollegen Janosch Weyermann sei an dieser Stelle herzlich dafür gedankt, dass er mit Vorstössen diese Missstände aufzeigt.

Die Schweizerische Elektrizitäts-politik muss neu gedacht werden

Von Heinz Albers, Dr.sc.nat. dipl. Physiker ETHZ, www.kettenreaktion.ch

Die im Mai 2017 vom Volk angenommene Energiestrategie 2050 sieht vor, die bestehenden Kernkraftwerke so lange in Betrieb zu halten, wie deren Sicherheit gewährleistet ist; das Gesetz sieht ausserdem vor, dass neue Kernkraftwerke nicht gebaut werden dürfen.

Weiter hat die Schweiz das Pariser Klimaabkommen von 2015 unterzeichnet, sie hat sich verpflichtet, alle denkbaren Anstrengungen zu unternehmen, um die Abgabe von CO_2 zu vermeiden oder zu vermindern. Die Energiestrategie 2050 sieht praktisch in allen Bereichen des Lebens und des Wirtschaftens einschneidende und einengende Massnahmen vor. Die Energiepolitik, die in der Schweizer Energiestrategie 2050 festgeschrieben worden ist, entspricht meines Erachtens nicht den zukünftigen Bedürfnissen unseres Landes. Die Annahme, dass die Schweiz bei einer deutlichen Verminderung des Elektrizitätsverbrauches mit gleicher Wirtschaftsleistung und gleichem gesellschaftlichen Wohlstand leben kann, ist eine Illusion. Das moderne Leben ist sichtbar in hohem Mass abhängig von Elektrizität, und dies zunehmend: Die Telekommunikation, die Haustechnik, der private und öffentliche Verkehr, der umweltverträglich ausgebaut wird (Elektrobusse, Abkehr von Benzin- und Dieselmotoren, Elektro-Velos), sind wichtige Bereiche, die alle Elektrizität benötigen. Fast jede Aktion, die fossile Energie einsparen will, benötigt elektrische Energie. Fazit: Die Schweiz braucht zukünftig mehr Strom und nicht weniger.

Als Quelle für die Quantifizierung und Veranschaulichung der Situation dient die vom Bundesamt für Energie (BFE) erstellte Gesamtenergiestatistik 2017. Dort finden sich genaue Angaben zum Stromverbrauch der Schweiz in den letzten Jahren, auch zur Art der Stromerzeugung. Die Zahlen der Gesamtenergiestatistik 2017 lassen sich für die letzten drei Jahre wie folgt zusammenfassen:

Produktion mit	Wasserkraft kWh	Kernenergie kWh	Konventionell - thermisch kWh	Photovoltaik kWh	Total kWh
2017	36‘667	19‘499	2‘852	1‘683	57‘849
Prozent	63.38	33.71	4.93	2.91	100
2016	36‘326	20‘235	3‘070	1‘333	57‘894
Prozent	62.75	34.95	5.30	2.30	100
2015	39‘486	22‘095	2‘661	1‘119	62‘700
Prozent	62.98	35.24	4.24	1.78	100

Die Tabelle zeigt, dass in allen drei Jahren die Wasserkraft etwa 63 % der verbrauchten elektrischen Energie geleistet hat, dass die Kernkraftwerke in allen drei Jahren etwa 34 % der verbrauchten elektrischen Energie produziert haben, dass konventionelle thermische Kraftwerke etwa 5 % beigetragen haben, und dass die Photovoltaischen Anlagen nur bescheidene 2–3 % geliefert haben. Windanlagen etc. leisten noch weniger.

Es ergeben sich folgende Schlussfolgerungen:

1. Die Aufteilung der Stromerzeugung liegt noch immer bei ca. 63 % Wasserkraft und ca. 34 % Kernenergie. Trotz aller Förderung der photovoltaischen Stromerzeugung sind wir heute immer noch bei nur knapp 2 Prozent. Die Leistung aller anderen erneuerbaren Energiequellen ist vernachlässigbar klein, sie leisten nichts Wesentliches.
2. Das Verbot neue, moderne Kernkraftwerke zu bauen, ist falsch, es ist kurzsichtig und sollte dringend aufgehoben werden. Hier ist die Politik gefordert.
3. Die Produktion von Strom mit Wasserkraft und Kernenergie ist perfekte Klimapolitik. Die Schweiz produziert gegenwärtig ca. 95 % ihres Stromverbrauches ohne Emission von CO_2; welches andere Land der Welt tut das? Vermutlich keines.
4. Die Elektrizitätswirtschaft muss an ihre nationale Aufgabe glauben, sie muss sich ihr stellen, sie muss sich entschliessen, den Bau neuer Wasser- und Kernkraftwerke rechtzeitig vorzubereiten und zu planen. Beim Ausbau der Wasserkraft muss auf den Heimat- und Landschaftsschutz Rücksicht genommen werden.
5. Zu einem deutlichen Abfall der einheimischen Stromerzeugung wegen der Abschaltungung älterer Kernkraftwerke bleiben uns 10 bis 20 Jahre Zeit, zu planen und zu bauen, diese Zeitspanne muss aktiv genutzt werden, sie darf nicht ungenutzt verstreichen. Die Attitude «das geht dann schon irgendwie, wir können noch zuwarten», ist falsch, sie bedeutet das Versäumen einer Pflicht. Die Elektrizitätswirtschaft muss weitsichtig, langfristig vorwärts arbeiten. Das Ziel muss die Erhaltung der Versorgungssicherheit im Sektor Strom sein.
6. Die Schweiz steht im Sektor Wirtschaft (zusammen mit einigen anderen Ländern) an der Weltspitze, dieser Platz ist ohne reichliche Stromversorgung nicht zu halten. Wenn wir schlafen, rücken andere nach; unser Wohlstand wird schwinden.
7. Die Gesellschaft muss die jungen Generationen überzeugen, um deren Zukunft geht es. Wir Älteren müssen rufen und mahnen!

Schaut an. Die Stromkosten in Deutschland steigen unaufhaltsam. Immer mehr Elektroautos, noch mehr E-Bikes, für alle ein Tablet usw. Schliesslich kommt der Strom aus der Steckdose...Ende März 2019 kostete in Deutschland eine Kilowattstunde sage und schreibe 29,42 Cent, in Frankreich waren es 28,5 Cent. Bereits über 320’000 Haushalte können in Deutschland die Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. Und jetzt verlangen die grünen und linken (E-Biker!) noch die «Bepreisung der Treibhausgas-Emissionen». Da hilft nur eines: abwählen bei den nächsten Wahlen. Sonst wird es noch schlimmer.

Sprach-Gebrauch. Von Westen her breitet sich ein neuer Begriff aus. Wer seine Meinung kundtut, sich klar und deutlich äussert, ist ein Populist, ein Rechter, ein Extremist usw. Neuerdings glauben die BEB’s (die Bedrückten, Entrüsteten und Besorgten), dass es dafür eine noch extremere Variante der sprachlichen Verdrehung gibt: sie werden neuerdings «Komplottisten» genannt. Man darf gespannt sein, was sich diese Leute noch alles ausdenken, um Bürgerliche mundtot zu machen.

Tis Hagmann, Büro Ha, Hirschthal/AG

Spenden in WIR

Sie können Spenden an BERNAKTUELL auch in WIR tätigen.

Spenden in WIR bitte BA an BERNAKTUELL, Postfach 3150, 3001 Bern

BERNAKTUELL dankt herzlich für Ihre Unterstützung.

www.bernaktuell.ch

IMPRESSUM

Herausgeberin
Vereinigung BERNAKTIV, Postfach 3150, 3001 Bern
Telefon 031 398 42 04, Telefax 031 981 39 82
Postcheck 30-22011-6
E-Mail: redaktion@bernaktuell.ch – www.bernaktuell.ch

Verantwortliche Redaktion
aNationalrat und aGrossrat Thomas Fuchs; aNationalrat Bernhard Hess; Nationalrat, Grossrat und Stadtrat Erich J. Hess; alt Stadtrat Lukas Lanzrein; Rechtsanwalt, Grossrat und Stadtrat Dr. iur. Patrick Freudiger; Stadtrat Janosch Weyermann, Bern

6–10 Ausgaben pro Jahr – Auflage 5’000 bis 25’000 Expl.

Layout: Peter Hofstetter, Lurtigen

Druck: DZB, Druckzentrum Bern AG

PIKOM NEWS

PARTEIUNABHÄNGIGES INFORMATIONSKOMITEE

Schreckt nicht davor zurück, auch heikle Themen anzusprechen

Bundespräsident Ueli Maurer mache einen guten Job, so die Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats. Er habe es nicht nur geschafft, hochrangige Staatschefs zu treffen, es ging ihm keineswegs auch nur um Wirtschaftspolitik, sondern auch um die Guten Dienste der Schweiz für die Friedenspolitik. Maurer verstehe es wie kaum ein anderer, im Ausland Kontakte zu pflegen.

90'000 Menschen lebten 2018 in Alters- und Pflegeheimen

Dies in 1'566 Alters- und Pflegeheimen, 2'168 Spitex-Dienste betreuen 370'000 Personen zu Hause. Die betreffenden Personen bezahlen 682 Millionen Franken aus eigener Tasche. Im Jahresdurchschnitt 96'000 Vollzeitstellen.

Banken schrauben Bargeld-Bezüge von Sparkonti ein

Schweizer horten über 580 Milliarden Franken auf Sparkonti. Banken haben die Rückzahlungsbedingungen verschärft, nur noch maximal 30'000 Franken innerhalb 30 Tagen sind erlaubt. Wer die Limite überschreitet, bezahlt Strafzinsen.

Schweiz importiert Arbeitslosigkeit via Personenfreizügigkeit

Berechnet man die Arbeitslosigkeit gleich wie die EU, stieg die Erwerbslosenquote zwischen dem 3. Quartal 2018 und dem 3. Quartal 2019 von 4,4 auf 4,6 Prozent. Während die Erwerbslosenquote bei den Schweizern mit 3,4 Prozent stabil geblieben ist, stieg sie vor allem bei den Ausländern aus EU-/EFTA-Ländern und aus Drittstaaten.

2018 sind weniger Strafen vollzogen worden

12'307 Strafen und Massnahmen wurden vollzogen, acht Prozent weniger als im Vorjahr. 69 Prozent wurden in eine Straf- oder Massnahmenanstalt eingewiesen, 29 Prozent verrichten eine gemeinnützige Arbeit, zwei Prozent verbüssen ihre Strafe mit einer elektronischen Fussfessel.

Bundesrat löst Experten-Kommission für Tabakprävention auf

Jedes Jahr verlieren in der Schweiz 9'500 Menschen ihr Leben als Folge des Rauchens. Die neu geschaffene Kommission für Suchtfragen wird auch die Alkohol- und Drogenprävention verantworten.

1'200 Kilogramm Kokain entdeckt

Die italienische Polizei hat in einem Hafen in Kalabrien Kokain aus Südamerika, bestimmt für Deutschland, entdeckt.

Sterbehilfe in Zahlen

Die Schweiz hat eine der liberalsten Suizidhilferegulierungen weltweit, doch viele Ärzte meiden das Thema. Exit-Präsidentin Marion Schafroth spricht davon, Altersfreitod sei ein Tabu: Freitodbegleitungen 2018 von 905 Personen, Durchschnittsalter 78,2 Jahre. 38% Krebsleiden, gefolgt von Polymorbidität mit 27%, Schmerzerkrankungen 8%, etc. Sterbeorte: 84% privat, 13% in Heimen, etc.

Zahl der Demenz-Erkrankungen steigt stark an

In der Schweiz leiden 154'700 Menschen an Demenz (7,6%). Das sind 20% mehr als noch vor fünf Jahren. Die Krankheit wird die Gesellschaft verändern. Gesamtkosten 11,8 Milliarden Franken.

Bauern produzieren, was die Konsumenten kaufen

Die Anzahl Tiere in der Schweiz zu reduzieren bringe nichts, wenn das Fleisch stattdessen importiert werde. Der Bauern-Verband habe den Klimaschutz durchaus auf dem Radar, setze auf Biogasanlagen und Futterzusätze, die die Methanbildung hemmen.

Rund 20 Dschihad-Kämpfer mit Schweizer Pass könnten in Syrien sein

Rund 78 Personen aus der Schweiz haben sich laut Nachrichtendienst des Bundes dem IS angeschlossen. Aktiv zurückholen will auch die Schweiz ihre Staatsbürger nicht. Man werde prüfen, ob man Doppelbürgern das Schweizer Bürgerrecht entziehe. Eine Strafverfolgung hier sei schwierig.

UNO kritisiert Europa im Jamal Khashoggi-Mord

Die Berichterstatterin für aussergerichtliche Tötungen hat die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emanuel Macron der „Komplizenschaft" mit Saudi-Arabien bezichtigt. Es sei nicht genug unternommen worden, um den Mord am Journalisten aufzuklären.

Sind Sie schon Mitglied?

PIKOM

Treten Sie dem PIKOM bei, welches sich zum Ziel gesetzt hat, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der jährliche Beitrag beträgt Fr. 65.–.

☐ **Ich will Mitglied werden** ☐ **Senden Sie mir weitere Informationen zu**

Name:

Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ: Ort:

Telefon:

E-Mail:

Einsenden an: PIKOM, 5000 Aarau – Fax 031 981 41 61 **www.pikom.ch**

BÄRNI der Strassenwischer und Politikbeobachter

Der Tierbesitzer fragt – die Tierärztin antwortet

Telefon 031 372 02 02 – www.pezzi.vet

Hitzschlag?

Frage: «Meine zwei Katzen, beide 6 Monate alt, waren am Nachmittag für ca. 2 Stunden draussen auf dem Balkon. Dann sind beide reingekommen. Während das Männli in guter Verfassung war, danach etwas gefressen und getrunken hat, ist das Weibchen in die Wohnung getorkelt, hat sich hingelegt und mochte sich praktisch nicht mehr bewegen. Trotz dass wir die Sonnenstore ganz runtergekurbelt haben und der Balkon so im Schatten lag, war das Kätzchen ganz heiss. Wir haben sofort die Pfoten mit nassen Tüchern gekühlt, und nach einer Stunde ging es ihr auch wieder gut. War dies ein Hitzschlag? Obwohl die Katzen im Schatten sassen?»

Hilde Gysinger, Münsingen

Liebe Frau Gysinger

Hitzewellen im Sommer sorgen jedes Jahr für Unfälle, wie Sie es erlebt haben. Leider sind unsere Haustiere, egal ob Hund, Katze, Meerschweinchen oder Hamster, nicht immer «klug» genug, um selbst zu wissen, wann es genug ist mit dem Sonnenbaden. Achten Sie also auch mit darauf, dass es Ihre Haustiere nicht mit dem Sonnenbad übertreiben, sofern Ihnen das möglich ist.

Problematisch sind vor allem die Fälle, in die unsere Haustiere ohne Ausweichmöglichkeiten geraten. So stauen die gutgemeinten Schattenspender wie Sonnenstoren oder Sonnenschirme leider die Hitze unter sich noch mehr, als dass der Schatten darunter Kühlung bringt. Zum Glück haben Sie instinktiv richtig gehandelt und Ihr Büssi langsam mit kalten Pfoten-Umschlägen heruntergekühlt. Die akuten Schäden eines Hitzschlages sind Hitzekrämpfe, Bewusstseinsstörungen, Schockzustand u.a. Die schlimmste Folge durch Überhitzung ist ein Hirnödem, welches zum Tod führen kann. Erfolgt das Abkühlen des Tieres andererseits zu rasch, wie beispielsweise durch Tauchen des Tieres in kaltes Wasser oder kalte Ganzkörperumschläge, ist dies häufig für den Kreislauf des Tieres zu viel, und es kann im schlimmsten Fall auch daran versterben. Daher sollte die Abkühlung nur unter Temperaturkontrolle erfolgen. Grundsätzlich ist es im Falle eines Hitzschlag-Verdachtes u.a. mit Bewusstseinsstörung des Tieres immer besser, dieses rasch zum Tierarzt zu bringen.

Bild: pixabay.com

My Klenk, Tierärztin in der Kleintierpraxis Pezzi.Vet, Pestalozzistrasse 40, 3007 Bern

Pezzi Vet

Haben auch Sie Fragen an unsere Tierärztin?

Mail an redaktion@bernaktuell.ch

Abbaumassnahmen gefährden die Grundversorgung

Der Bundesrat hat in den vergangenen Jahren Millionen zulasten jener Akteure im Gesundheitswesen gespart, die Medikamente vertreiben. Nun plant er weitere Abbaumassnahmen, unter anderem die Anpassung des Vertriebsanteils. Mit diesen Massnahmen gefährdet er die gut funktionierende Grundversorgung der Schweiz.

Von
Mark Kobel,
Präsident
Apothekerverband
des Kantons Bern,
3013 Bern

Mit dem Vertriebsanteil werden Logistikleistungen für die Abgabe von Arzneimitteln abgegolten. Aktuell bestehen bei der Vertriebsmarge schwerwiegende Fehlanreize. So verdienen Apotheker mehr, wenn sie teure Medikamente verkaufen. Wenn sie günstigere Behandlungsalternativen wie Generika empfehlen oder abgeben, werden sie finanziell dafür bestraft – obschon sie damit beitragen, die Gesundheitskosten tief zu halten. Die Korrektur dieser Fehlanreize birgt ein Sparpotential in zweistelliger Millionenhöhe, und die Politik ist nun gefordert, diese auch umzusetzen.

Fehlanreize werden nicht abgeschafft

Aber zum wiederholten Male setzt der Bundesrat den Hebel bei der Versorgungssicherheit durch Apotheken, Spitalapotheken und Hausärzten an. Das ist umso unverständlicher, als gerade in diesem Bereich in den vergangenen Jahren zahlreiche Massnahmen umgesetzt und bereits mehrere hundert Millionen Franken eingespart wurden. Anstatt die bestehenden Fehlanreize im Bereich von Generika zu eliminieren, setzt er die Qualität und Sicherheit der aktuell guten Versorgung mit Medikamenten für die Bevölkerung unnötig aufs Spiel.

Kluge Lösung liegt auf dem Tisch

Eine breite Allianz kritisiert dieses Vorgehen scharf. Sie präsentierte im letzten Herbst Lösungsvorschläge, die ein enormes Sparpotenzial bergen, die Grundversorgung aber nicht gefährden. Gleichzeitig entwickelte pharmaSuisse gemeinsam mit dem Krankenversicherungsverband curafutura ein Alternativmodell zur Revision des Vertriebsanteils. Damit werden sowohl die Fehlanreize bei der Abgabe von Generika eliminiert, als auch eine faire Entlöhnung von Medikamenten für Apotheker, Spitalapotheker und Hausärzte gewährleistet.

Fünf wirksame Kostendämpfungsmassnahmen

Der Apothekerverband, pharmaSuisse, weitere Apotheken-Vereinigungen sowie Ärzte mit Patientenapotheken haben Alternativvorschläge zum bundesrätlichen Sparpaket zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen erarbeitet. Mit folgenden fünf Massnahmen können Einsparungen im Umfang von mindestens 500 Millionen Franken erzielt werden – bei gleichzeitiger Wahrung der Versorgungs- und Patientensicherheit in der Grundversorgung.

Enormes Generikapotenzial ausschöpfen	**CHF 150 Millionen**
Preisbildung/-festsetzung bei den teuersten Medikamenten anpassen	CHF 100 Millionen
Abgabe von Biosimilars fördern	CHF 50 Millionen
Therapietreue stärken	CHF 100 Millionen
Abfälle / Compliance verhindern	CHF 100 Millionen

Veranstaltungshinweise

PRO LIBERTATE
www.prolibertate.ch

PIKOM
Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch

Regierungsrat Philippe Müller

Öffentlicher Vortrag des Sicherheitsdirektors des Kantons Bern zum Thema:

«Sicherheit als wichtige Voraussetzung für die Freiheit»

Foto: ZVG

Samstag, 7. März 2020 – Beginn des Referats: 11.00 Uhr
Landgasthof Schönbühl, Alte Bernstrasse 11, 3322 Urtenen-Schönbühl
Vorgängig um 10.15 Uhr findet die Hauptversammlung der Vereinigung PRO LIBERTATE statt.
Merci für Ihre vorgängige Anmeldung mittels Talon oder via www.prolibertate.ch

Peter Regli, Divisionär aD

Der ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:

«Die aktuelle sicherheitspolitische Lage der Schweiz»

Donnerstag, 28. Mai 2020 Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus, (neben dem Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Donnerstag, 8. Oktober 2020 Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22 (im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

Beginn jeweils: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat
Keine Anmeldung notwendig. Weitere Informationen auf www.pikom.ch

Jetzt bestellen!

Zum Andenken an Henri Guisan

Henri Guisan führte als General die Schweiz durch die schwierigen und dunklen Zeiten des Zweiten Weltkriegs. Sein Charisma strahlt bis heute nach. Vor 80 Jahren wurde Henri Guisan von der Vereinigten Bundesversammlung zum General gewählt. PRO LIBERTATE würdigt dieses Ereignis mit einer Gedenkmünze.

Die exklusive General-Guisan-Gedenkmünze erhalten Sie zusammen mit der informativen Broschüre «General Guisan als Kulturträger» (verfasst von Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg) zum Spezialpreis von nur 25 Franken.

☐ Ich bestelle _____ Expl. der General-Guisan-Gedenkmünze zum Preis von 25 Franken, zzgl. Porto und Verpackung.

☐ _____(Anz. Personen) melden sich an zum Referat von Regierungsrat Philippe Müller vom 7. März 2020.

☐ Bitte senden Sie mir Infos zu: ☐ PIKOM ☐ PRO LIBERTATE

Vorname, Name

Adresse

PLZ, Ort

Tel./E-Mail

Talon einsenden an: PRO LIBERTATE, 3052 Zollikofen
(oder via info@prolibertate.ch, oder Tel. 079 302 10 09, Thomas Fuchs, Präsident)

Offener Brief an den Gemeinderat der Stadt Bern

Vandalismus im Stadtteil V (Breitenrain - Lorraine)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit grosser Sorge beobachten wir die immer zahlreicher werdenden Gewaltausbrüche und Vandalenakte in unserem Stadtteil. Namentlich in der Lorraine ist diese Zunahme deutlich spürbar. Eingeschlagene Schaufensterscheiben, zahllose verschmierte und mit mehr oder weniger kunstvollen Graffitis «geschmückte» Fassaden zeugen von dieser Zunahme. Aber bei weitem nicht nur die arg geplagte Lorraine, sondern auch andere Teile des Quartiers werden Opfer dieser Machenschaften. Praktisch alle Hauptrouten, die vom Guisanplatz ins Stadtzentrum führen, sind davon betroffen.

Privates und öffentliches Eigentum zu zerstören oder zu beschädigen, ist für uns nicht tolerierbar. Solche Beschädigungen zeugen von wenig Respekt und Toleranz gegenüber anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und deren Eigentum. Diese Gewaltanwendungen gehen wahrscheinlich genau von jenen Kreisen aus, die genau diese Toleranz gegenüber ihnen selbst fordern. Wir bedauern auch die in der Anonymität stattfindenden Gentrifizierungsvorwürfe. Unseres Erachtens sollte diese Debatte offen geführt werden.

Wir verurteilen aber mit aller Deutlichkeit und Schärfe jegliche Anwendung von Gewalt als Ausdruck von Unzufriedenheit und Frustration. Ebenso deutlich verurteilen wir die Benützung des öffentlichen Raumes als Plattform zur Anwendung von Gewalt für die Durchsetzung eigennütziger Interessen. Der öffentliche Raum gehört allen und soll nicht von gewaltbereiten Chaoten terrorisiert werden.

Wir sind uns durchaus bewusst, dass der öffentliche Raum auch Anonymität zulassen muss. Wenn diese Anonymität aber Gewalt zur Folge hat, muss etwas dagegen unternommen werden. Toleranz und Verständnis für anders Denkende gehören ebenso dazu, wie die Akzeptanz der geltenden Ordnung. Nur ein ausgewogenes Verhältnis zwischen beidem erlaubt ein friedliches Zusammenleben. Dies hat zur Folge, dass sowohl das eine wie das andere mit angemessenen Mitteln durchgesetzt werden soll und muss.

Wir sehen einen Zusammenhang zwischen dem eher sanften Umgang mit einer militanten Minderheit und der eher grosszügig geforderten Toleranz der Geschädigten. Ersteres ermuntert zur weiteren Anwendung von Gewalt, und letzteres erhöht die Ohnmacht und die Frustration. Resultat ist die Eskalation der Gewalt. Dies kann nicht das Ergebnis einer ausgewogenen Politik sein.

In diesem zuweilen widrigen Umfeld betreibt das Gewerbe seine Geschäfte. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen leiden zum Teil massiv unter eingeschlagenen und verschmierten Schaufenstern und Fassaden. Dies führt in einzelnen Fällen gar zum Wegzug von Gewerbebetrieben. Insbesondere zu den KMU gilt es Sorge zu tragen. Sie sind gewissermassen das Schmiermittel im vielfältigen Räderwerk des Quartiers.

Wir setzen uns dezidiert für eine ausgewogene Durchmischung des Stadtteils V ein, indem sich alle Einwohnerinnen und Einwohner, jung und alt und unabhängig ihrer sozialen und ethnischen Herkunft zu Hause fühlen können. Darin eingebettet soll sich ein florierendes Gewerbe entfalten dürfen. Gegenseitiger Respekt und Anstand im Umgang miteinander sind Grundlage für ein gutes Zusammenleben.

Soziale Spannungen sollen frühzeitig erkannt und angesprochen werden. Dazu sind alle, nicht nur einzelne Betroffene, aufgefordert, sich in die Diskussion einzubringen, auch dann, wenn sie nicht die gleiche Ansicht wie die Mehrheit vertreten. Nicht ernstgenommene Meinungen, die im schlimmsten Fall unterdrückt oder gar lächerlich gemacht werden, führen zu einer unnötigen Zunahme von Frustration.

Vandalenakte sind durch die öffentliche Hand zu unterbinden. Eine gesunde Mischung zwischen Prävention und Intervention und eine für alle gleich konsequente Auslegung der Rechtslage generieren Sicherheit und verhindern rechtsfreie Räume.

Wir gelangen deshalb mit der Frage an Sie, welche Massnahmen zur Eindämmung oder gar Verhinderung dieser negativen Erscheinungen seitens der Stadt geplant sind, und wie wir uns als Quartierkommission einbringen können?

Freundliche Grüsse

Vorstand der Quartierkommission DIALOG Nordquartier im Auftrag der Vereinsversammlung, Oktober 2019

BERNAKTUELL **Mitglied werden** BERNAKTUELL

☐ **Jahresbeitrag** Fr. 48.– (inkl. Zeitung) ☐ **Gönner/Sympathisant** (Beitragshöhe frei)

Name: Vorname:

Strasse:

PLZ: Ort:

Bitte einsenden an: BERNAKTUELL, Postfach 8631, 3001 Bern / Fax 031 981 39 82 / redaktion@bernaktuell.ch